

Die Zukunft der dualen Berufsausbildung sichern

Handlungsbedarf aus der Sicht der Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft engagiert sich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich für die Ausbildung der Jugendlichen. So investieren die Unternehmen jährlich auf freiwilliger Basis rund 28 Mrd. € in die Berufsausbildung. Die enge Verbindung mit der Arbeitswelt ist das eigentliche Qualitätsmerkmal des deutschen Ausbildungssystems.

Es ist im besonderen gesellschaftspolitischen Interesse, dieses Engagement langfristig zu erhalten und für die Mehrheit der Jugendlichen auch in Zukunft eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Forderungen nach einer Ausbildungsabgabe verunsichern dagegen die Betriebe und schaffen keine Lehrstellen. Eine Ausbildungsabgabe würde auf Dauer die Berufsausbildung vom Beschäftigungssystem abkoppeln. Der wichtigste Vorteil des deutschen Ausbildungssystems ginge verloren.

Damit sich die Unternehmen auch in Zukunft umfassend in der Berufsausbildung engagieren und neue Ausbildungsbetriebe gewonnen werden, gibt es – neben der generellen Verbesserung der Standortbedingungen – aus der Sicht der Wirtschaft folgenden Handlungsbedarf:

- **Neue flexible Berufe schaffen**

Dem Strukturwandel entsprechend sind kontinuierlich neue Berufe mit flexiblen Strukturen und Wahlqualifikationen notwendig, um die betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten umfassend zu nutzen und neue Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen. Bedarf an neuen Berufen besteht z. B. insbesondere für Dienstleistungsbranchen und -tätigkeiten. Die Ausbildungsordnungen müssen sich auf Mindestanforderungen konzentrieren, praxisnah gestaltet werden und bundeseinheitliche Leistungsstandards sichern.

- **Ausbildungsspektrum differenzieren**

Nachdem in vielen Berufen durch Neuordnungen die theoretischen Anforderungen angehoben wurden, sind auch neue Berufe mit weniger komplexen Anforderungen und kürzerer Ausbildungsdauer notwendig. Damit können auch Bewerber mit schlechten Startchancen wieder mehr betriebliche Ausbildungsperspektiven erhalten. Berufsvorschläge liegen seit langem vor.

- **Kosten senken**

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen ist die Entscheidung über neue Ausbildungsplätze auch eine Kostenfrage. Daher sollten die Ausbildungsvergütungen, die den größten Kostenfaktor darstellen, zumindest für einige Jahre eingefroren werden. Überfällig sind Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen zur Senkung der Ausbildungsvergütung im Einzelfall, um Lehrstellen zu sichern oder zusätzlich zu schaffen. Weitere Ansatzpunkte sind Effizienzverbesserungen durch mehr betriebliche Ausbildungszeit und verstärkte Ausbildung am Arbeitsplatz. Außerdem müssen der Verwaltungs- und der Prüfungsaufwand verringert werden.

- **Ausbildungshemmnisse beseitigen**

Jede Übernahmeverpflichtung ist ausbildungshemmend. Deshalb muss bei allen Beteiligten der Grundsatz Ausbildung geht vor Übernahme gelten.

Die Ausbildereignungsverordnung, die für 5 Jahre ausgesetzt ist, muss vor einem Wieder-In-Kraft-Treten so überarbeitet werden, dass auch der Ausbildung in Klein- und Mittelbetrieben Rechnung getragen wird. Außerdem müssen die gesetzlichen Regelungen zur persönlichen und fachlichen Eignung deutlich vereinfacht werden.

Zwanganrechnungen von Schulbesuchen auf die Ausbildungszeit (z. B. Berufsgrundbildungsjahr) sind aufzuheben, ggf. zugunsten flexibler leistungsbezogener Anrechnungsmöglichkeiten.

- **Ausbildungsreife verbessern**

Die mangelnde Ausbildungsreife vieler Bewerber (lt. PISA bis zu 25 % der Schulabgänger) führt z. Z. dazu, dass viele Betriebe keine geeigneten Bewerber finden und Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Hinzu kommt, dass die Betriebe im Rahmen der Berufsausbildung mit erheblichem Aufwand allgemeine Bildungsdefizite kompensieren müssen. Deshalb ist eine Qualitätssteigerung im allgemeinbildenden Schulsystem unbedingt erforderlich.

- **Berufsschulen modernisieren**

Die Leistungsfähigkeit der Berufsschulen muss flächendeckend verbessert werden. Dazu müssen die Berufsschulen zu leistungsstarken, modernen Partnern der Betriebe in der dualen Ausbildung entwickelt werden, die autonom und flexibel auf die regionalen Anforderungen reagieren können. Zur Steigerung der betrieblichen Ausbildungszeit muss das Zeitmanagement der Berufsschulen verbessert werden und die Organisation des Berufsschulunterrichts in enger Abstimmung mit den Betrieben erfolgen.

- **Durchlässigkeit verbessern**

Damit sich die Unternehmen verstärkt in der Ausbildung engagieren, ist auch eine Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung notwendig. Dazu gehört, die Durchlässigkeit innerhalb der beruflichen Bildung und zum Hochschulbereich weiter zu verbessern – z. B. durch flexible Anrechnungssysteme wie ECTS – und damit das Potential qualifizierter Bewerber in der beruflichen Bildung zu erhöhen.

- **Information und Beratung verstärken**

In letzter Zeit bleiben trotz hoher Bewerbernachfrage regelmäßig viele Ausbildungsplätze frei, weil die Bewerber auf bestimmte Wunschberufe festgelegt sind. Information und Beratung der Schulabgänger über die gesamte Palette der Ausbildungsberufe sind sowohl in den allgemeinbildenden Schulen wie auch durch die Berufsberatung der Arbeitsverwaltung weiter zu verbessern.

- **Berufliche Bildung internationalisieren**

Es ist dringend eine angemessene Einordnung der deutschen Berufsbildungsabschlüsse im europäischen und internationalen Ranking erforderlich. Außerdem sind die Voraussetzungen zur Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und die Transparenz beruflicher Qualifikation und Abschlüsse im europäischen Kontext zu verbessern.

- **Bundeszuständigkeit stärken**

Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen, Strukturen und Qualitätsstandards sind eine wesentliche Voraussetzung für ein umfassendes Engagement der Wirtschaft im dualen Ausbildungssystem und für dessen Zukunftssicherung.

Für diese notwendigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung sind Änderungen des Berufsbildungsgesetzes nicht erforderlich. Um weitere Verunsicherungen der Betriebe zu vermeiden, sollte angesichts der aktuellen Ausbildungssituation derzeit auf eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes verzichtet werden.